



Drucken Schliessen



Artikel aus der
Stuttgarter Zeitung -
Ausgabe Kreis
Göppingen,
Donnerstag,
24. Januar 2008
Seite 24

Region Stuttgart

Beim Kauffmannareal gibt Ebersbach erneut Gas

Zeitverlust durch europaweite Ausschreibung soll gering gehalten werden-Eklat im Gemeinderat beim Thema Projektgruppe

Ausgabe: Nr.20

EBERSBACH. Die Stadt Ebersbach kann das Kauffmannareal nun europaweit ins Rennen schicken. Der Gemeinderat hat dem Ausschreibungstext der Stadtverwaltung zugestimmt. Noch vor der Sommerpause soll über die Zukunft der Neuen Mitte entschieden werden.

Von Sabine Riker

Über die europaweite Ausschreibung des Filetstücks in der Stadtmitte sind in Ebersbach, Kreis Göppingen, längst nicht alle glücklich. Zunächst hatte der Gemeinderat beschlossen, die Konzeption der Firma Weber Development, die einen Supermarkt mit Parkplätzen und verschiedene Fachmärkte auf dem Gelände errichten will, zu prüfen und dann zu entscheiden, ob an Weber veräußert wird. Doch die Rechtsprechung machte den Ebersbachern einen Strich durch die Rechnung. Denn das sogenannte Gesetz gegen die Wettbewerbsbeschränkung verpflichtet die Kommunen dazu, Projekte dieser Größenordnung europaweit auszuschreiben. „Das kostet Geld, das kostet Zeit“, erklärte denn auch Bürgermeister Edgar Wolff im Gemeinderat. Es gebe aber keine Möglichkeit, anders zu verfahren, sonst drohten der Stadt im schlimmsten Fall Schadensersatzklagen.

Der Zeitverlust soll sich allerdings in Grenzen halten. Da das Gremium die Ausschreibung gebilligt hat, kann der Text nun im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Blättern veröffentlicht werden. Dann soll es Schlag auf Schlag gehen. 52 Tage haben potenzielle Investoren Zeit, einen Teilnahmeantrag zu stellen. Eine Projektgruppe, in der der Bürgermeister Edgar Wolff, der Leiter des Bau- und Umweltamts, Horst Schaal, der Stadtkämmerer Helmut Roth und jeweils ein Delegierter der vier Gemeinderatsfraktionen sitzen und die das Verfahren begleitet, wählt die fünf vielversprechendsten Bewerber aus. Nach drei Gesprächsrunden, in denen jeweils die Details ausgehandelt werden, sollen Ende Juni die Angebote vorliegen. Schon am 22. Juli könnte der Gemeinderat das Projekt dann vergeben.

Bevor das Gremium dem weiteren Prozedere bei nur zwei Gegenstimmen zustimmte, kam es in der Sitzung zu einem Eklat. Der SPD-Stadtrat Hans-Peter Goblirsch warf der Stadtverwaltung vor, dass sie den Gemeinderat entmündige. Die Entscheidung werde in eine Projektgruppe verlagert, in der außer den drei Vertretern der Stadtverwaltung lediglich vier Stadträte vertreten seien.

Diese Konstruktion, so empörte sich Goblirsch, sei „völlig selbst gestrickt“ und stehe im Gegensatz zur Gemeindeordnung. Er beantragte, nach Paragraf 55 der Gemeindeordnung die Projektgruppe durch einen „Beirat für geheim zu haltende Angelegenheiten“ zu ersetzen. Sollte das Gremium dem nicht zustimmen, so solle zumindest die von der Stadtverwaltung vorgesehene Konstruktion, eine Projektgruppe einzusetzen, von der Kommunalaufsicht geprüft werden.

Die Vorwürfe des SPD-Stadtrats entbehrten jeder Grundlage, betonte demgegenüber Andreas Jacob deutlich. Der Ingenieur der Kaiserslauterner Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung

(FIRU), die die Stadt bei dieser komplizierten Materie berät, stellte klar, dass ein Vergabeverfahren die originäre Aufgabe der Verwaltung sei. Die Einbeziehung von Stadträten sei eine „zentrale Beteiligung des Rates an einer Stelle, wo sie eigentlich gar nicht vorgesehen ist“.

„Die Verwaltung hat den Vorschlag gemacht, den Gemeinderat zu beteiligen“, stellte Wolff klar. Im Übrigen lege der Gemeinderat die Regularien fest, von einer Entmündigung des Gremiums könne also nicht die Rede sein. Der Hauptamtsleiter Günther Pfeiffer setzte noch eins drauf: Der Paragraph 55 der Gemeindeordnung sei auf militärische Geheimnisse gemünzt, insofern laufe Goblirchs Antrag ins Leere. Auf wenig Sympathie stieß auch Goblirchs zweiter Antrag, die Kommunalaufsicht einzuschalten. Dies sei nicht nötig und koste nur unnötig Zeit, erklärte Wolff.

Die Mehrheit des Gremiums konnte dem Text zustimmen, der auch Vorgaben über die künftige Nutzung macht. Allerdings wurden noch einige Änderungen beschlossen. So sollen auf Antrag der Verwaltung 4000 statt nur 3000 Quadratmeter Verkaufsfläche, wie vom zuständigen Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung beschlossen, zulässig sein.

RIKER
© 2006 Stuttgarter Zeitung

Beim Kauffmannareal gibt Ebersbach erneut Gas

Zeitverlust durch europaweite Ausschreibung soll gering gehalten werden – Eklat im Gemeinderat beim Thema Projektgruppe

EBERSBACH. Die Stadt Ebersbach kann das Kauffmannareal nun europaweit ins Rennen schicken. Der Gemeinderat hat dem Ausschreibungstext der Stadtverwaltung zugestimmt. Noch vor der Sommerpause soll über die Zukunft der Neuen Mitte entschieden werden.

Von Sabine Riker

Über die europaweite Ausschreibung des Fietstücks in der Stadtmitte sind in Ebersbach, Kreis Göppingen, längst nicht alle glücklich. Zunächst hatte der Gemeinderat beschlossen, die Konzeption der Firma Weber Development, die einen Supermarkt mit Parkplätzen und verschiedene Fachmärkte auf dem Gelände errichten will, zu prüfen und dann zu entscheiden, ob an Weber veräußert wird. Doch die Rechtsprechung machte den Ebersbachern einen Strich durch die Rechnung. Denn das sogenannte Gesetz gegen die Wettbewerbsbeschränkung verpflichtet die Kommunen dazu, Projekte dieser Größenordnung europaweit auszuschreiben. „Das kostet

Geld, das kostet Zeit“, erklärte denn auch Bürgermeister Edgar Wolff im Gemeinderat. Es gebe aber keine Möglichkeit, anders zu verfahren, sonst drohten der Stadt im schlimmsten Fall Schadensersatzklagen.

Der Zeitverlust soll sich allerdings in Grenzen halten. Da das Gremium die Ausschreibung gebilligt hat, kann der Text nun im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Blättern veröffentlicht werden. Dann soll es Schlag auf Schlag gehen, 52 Tage haben potenzielle Investoren Zeit, einen Teilnahmeantrag zu stellen. Eine Projektgruppe, in der der Bürgermeister Edgar Wolff, der Leiter des Bau- und Umweltamts, Horst Schaal, der Stadtkämmerer Helmut Roth und jeweils ein Delegierter der vier Gemeinderatsfraktionen sitzen und die das Verfahren begleitet, wählt die fünf vielversprechendsten Bewerber aus. Nach drei Gesprächsrunden, in denen jeweils die Details ausgehandelt werden, sollen Ende Juni die Angebote vorliegen. Schon am 22. Juli könnte der Gemeinderat das Projekt dann vergeben.

Bevor das Gremium dem weiteren Prozedere bei nur zwei Gegenstimmen zustimmte,

kam es in der Sitzung zu einem Eklat. Der SPD-Stadtrat Hans-Peter Goblirsch warf der Stadtverwaltung vor, dass sie den Gemeinderat entmündige. Die Entscheidung werde in eine Projektgruppe verlagert, in der außer den drei Vertretern der Stadtverwaltung lediglich vier Stadträte vertreten seien.

Diese Konstruktion, so empörte sich Goblirsch, sei „völlig selbst gestrickt“ und stehe im Gegensatz zur Gemeindeordnung. Er beantragte, nach Paragraph 55 der Gemeindeordnung die Projektgruppe durch einen „Beirat für geheim zu haltende Angelegenheiten“ zu ersetzen. Sollte das Gremium dem nicht zustimmen, so solle zumindest die von der Stadtverwaltung vorgesehene Konstruktion, eine Projektgruppe einzusetzen, von der Kommunalaufsicht geprüft werden.

Die Vorwürfe des SPD-Stadtrats entbehren jeder Grundlage, betonte demgegenüber Andreas Jacob deutlich. Der Ingenieur der Kaiserslauterner Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung (FIRU), die die Stadt bei dieser komplizierten Materie berät, stellte klar, dass ein Vergabeverfahren

die originäre Aufgabe der Verwaltung sei. Die Einbeziehung von Stadträten sei eine „zentrale Beteiligung des Rates an einer Stelle, wo sie eigentlich gar nicht vorgesehen ist“.

„Die Verwaltung hat den Vorschlag gemacht, den Gemeinderat zu beteiligen“, stellte Wolff klar. Im Übrigen lege der Gemeinderat die Regularien fest, von einer Entmündigung des Gremiums könne also nicht die Rede sein. Der Hauptamtsleiter Günther Pfeiffer setzte noch eins drauf: Der Paragraph 55 der Gemeindeordnung sei auf militärische Geheimnisse gemünzt, insofern laufe Goblirchs Antrag ins Leere. Auf wenig Sympathie stieß auch Goblirchs zweiter Antrag, die Kommunalaufsicht einzuschalten. Dies sei nicht nötig und koste nur unnötig Zeit, erklärte Wolff.

Die Mehrheit des Gremiums konnte dem Text zustimmen, der auch Vorgaben über die künftige Nutzung macht. Allerdings wurden noch einige Änderungen beschlossen. So sollen auf Antrag der Verwaltung 4000 statt nur 3000 Quadratmeter Verkaufsfläche, wie vom zuständigen Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung beschlossen, zulässig sein.

© 2006 Stuttgarter Zeitung